

Für die Pflegeeinrichtungen wird es schwer, ihre Patienten zu versorgen

Enttäuscht vom NRW-Minister

VON MORITZ WÜST

Leverkusen - Für Pflegeeinrichtungen in Leverkusen wird es immer schwieriger, ihre Arbeit auf dem erwarteten Standard zu halten. Zahlreiche Herausforderungen machen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Leverkusen, die aus Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Rotem Kreuz und Paritätischem besteht, zu schaffen – was sehr zum Schaden des Berufsbilds und somit auch zum Fachkräftemangel beiträgt.

„Wir haben durch die ganzen Probleme lange versäumt, die schönen Seiten des Pflegeberufs zu betonen. Mit welchen menschlich wertvollen Momenten man täglich in Berührung kommt und wie vielseitig der Pflegeberuf sein kann“, sagt Christoph Meyer zu Berstenhorst, Hospizleiter im „Pallilev“.

„Die Träger der Seniorenzentren und Pflegedienste in Leverkusen unternehmen große Anstrengungen, um Fachkräfte anzuwerben und bereits Angestellte zu binden“, teilt die Arbeitsgemeinschaft mit. Boni, Fortbildungsangebote, Anwerbeprämien und die Suche nach ausländischen Fachkräften hätten bisher aber nicht gereicht, um den Bedarf zu decken. Die gesetzliche Vorgabe für die stationäre Pflege ist eine Fachkraftquote von 50 Prozent. „Leider dulden es die Aufsichtsbehörden, wenn der Wert unter dieser Quote liegt“, so Petra Jennen, Vorstand des Awo-Kreisverbandes Leverkusen. Diese Lage werde durch die hohen Krankenstände verschärft. Derzeit habe eine Fachkraft auf dem Arbeitsmarkt die Wahl zwischen zehn Stellen.

„Fachkräfte als Krankheitsvertretung mit entsprechender Befristung einzustellen, ist somit unrealistisch“, sagt Jennen. Vielmehr baue sich dadurch ein anderes Problem auf, das sich seit der Pandemie verstärkt habe. „Wenn wir als Träger die Qualität unserer Pflege sichern wollen, bleibt der Weg über Zeitarbeitsfirmen im Moment der einzig gangbare“, heißt es bei der Arbeitsgemeinschaft.

„Zeitarbeitsfirmen werben mit selbstbestimmten Arbeitszeiten, freien Wochenenden und wesentlich höheren Löhnen. Vor allem diese Lohndifferenz wird uns ausbluten. Wir können dem nur mit einem stabilen, langfristigen Arbeitsplatz und einem vertrauten Umfeld entgegenwirken“, erklärt Ute Knoop, Geschäftsführerin der evangelischen Senioreneinrichtungen in Leverkusen.

Minister Laumann kam nicht

„Geld lässt sich zweifellos viel besser in Zeitarbeitsfirmen verdienen“, sagt Josef Peters, Kreisgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes. Zudem sei die Verantwortung für Leitungskräfte inzwischen „viel zu hoch“. Zeitarbeitskräfte trügen hingegen weniger Verantwortung und seien zudem nicht für alle Patienten gleichermaßen geeignet – vor allem gelte das für Demenzkranke.

Das Landesgesundheits- und Arbeitsministerium von Karl-Josef Laumann (CDU) erteilte im März Forderungen nach einem Verbot der Zeitarbeit in Kliniken und Pflegeheimen eine Absage. Es reagierte auch nicht auf den Ruf nach anderen Beschränkungen. Die Arbeitsgemeinschaft zeigte sich enttäuscht, lud Laumann mehrfach zum Gespräch ein. Dazu kam es bisher nicht.

„Selbst wenn wir die Löhne zahlen könnten, die wir wollen, müssen wir zuerst die Arbeitszeiten irgendwie reguliert bekommen. Sonst wird sich nichts ändern“, weiß Heike Maria Holling vom Caritas-Wohnhaus Upladin. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich mit ihren Forderungen daher vor allem an die Politik. Zeit- und Leiharbeit soll stärker reguliert, die Anerkennung ausgebildeter Pflegekräfte aus dem Ausland vereinfacht und Pflege – wie es bereits in anderen europäischen Ländern der Fall ist – verstärkt ein akademischer Beruf werden.

Die Warnzeichen hat die Arbeitsgemeinschaft schon längst erkannt. In Solingen habe man es ja schon gesehen: „Wenn die Gesetzgeber nicht langsam aufwachen, sehe ich auch hier in Leverkusen in fünf Jahren keine Altenheime mehr“, so Josef Peters. Optimistisch gestimmt ist Reiner Mathes, Vorstandsvorsitzender beim Paritätischen Wohlfahrtsverband: „Man hat uns in der Corona-Krise ja für systemrelevant erklärt. Das Geld ist ja da, man muss uns nur endlich hören.“